



REPORT

Hate Speech – Ein europäischer Vergleich

Ergebnisse des sCAN-Projektes 2018 bis 2020

Hass und Hetze im Netz machen nicht an Ländergrenzen halt. Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen sich transnational vernetzen, um Hass und Extremismus im Netz gemeinsam zu begegnen und Trends frühzeitig zu erkennen. Von 2018 bis 2020 hat jugendschutz.net gemeinsam mit europäischen Partnerorganisationen das Projekt „Platforms, Experts, Tools: Specialised Cyber Activists Network“ (sCAN) durchgeführt. Hassphänomene und Trends wurden recherchiert und das Reaktionsverhalten großer Social-Media-Dienste getestet. Außerdem wurden Online-Kurse und Workshops zu den Themen Counter Speech, Moderation von Online-Diskussionen und Monitoring entwickelt.

In gemeinsamen Recherchen untersuchten die Projektpartner verschiedene Hassphänomene, Verbreitungswege sowie die Verantwortung öffentlicher Personen bei der Verbreitung von Hate Speech im Internet.

Viele stereotype Zuschreibungen und extremistische Narrative finden sich in ähnlicher Form in allen untersuchten Ländern. Einige Hassphänomene sind in den verschiedenen Ländern jedoch unterschiedlich stark ausgeprägt. So sind beispielsweise Roma in osteuropäischen Ländern besonders von Rassismus und Diskriminierung betroffen.

Auch die Plattformen ändern sich, auf denen Hate Speech verbreitet wird. Um der zunehmenden Moderation auf großen internationalen Netzwerken zu entgehen, weichen Extremistinnen und Extremisten auf kleinere Plattformen aus. Die internationale Vernetzung zwischen extremistischen Gruppierungen führt dazu, dass Entwicklungen, die zunächst nur in wenigen Ländern beobachtet werden, auch für andere Länder in Europa an Bedeutung gewinnen können.

Eine transnationale Vernetzung zivilgesellschaftlicher Organisationen ist daher erforderlich, um Hass und Extremismus im Netz gemeinsam begegnen zu können und Trends frühzeitig zu erkennen.

Die Projektpartner

Zehn Organisationen aus neun europäischen Ländern beteiligten sich am sCAN-Projekt, das durch die EU-Kommission gefördert wurde.

- LICRA – International League against Racism and Antisemitism (Frankreich): Projektkoordination
- CEJI – A Jewish contribution to an Inclusive Europe (Belgien)
- jugendschutz.net (Deutschland)
- Respect Zone (Frankreich)
- CESIE (Italien)
- Human Rights House Zagreb (Kroatien)
- Latvian Center for Human Rights (Lettland)
- ZARA (Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) (Österreich)
- Universität Ljubljana, Fakultät für Sozialwissenschaften (Slowenien)
- Romea (Tschechien)

Alle Ergebnisse des Projektes können unter scan-project.eu abgerufen werden.

Antiziganismus ist weit verbreitet

Sinti und Roma gehören noch immer zu den Bevölkerungsgruppen in Europa, die am stärksten stigmatisiert und an den Rand gedrängt sind. Historisch anhaltende Feindseligkeit, die Geschichte der systematischen Verfolgung sowie tief verwurzelte Stereotype haben nach wie vor schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben von Menschen, die als „Zigeuner“ wahrgenommen werden.

Arbeitsdefinition der Allianz gegen Antiziganismus

„Antiziganismus ist ein historisch hergestellter stabiler Komplex eines gesellschaftlich etablierten Rassismus gegenüber sozialen Gruppen, die mit dem Stigma „Zigeuner“ oder anderen verwandten Bezeichnungen identifiziert werden. Er umfasst

1. eine homogenisierende und essentialisierende Wahrnehmung und Darstellung dieser Gruppen;
2. die Zuschreibung spezifischer Eigenschaften an diese;
3. vor diesem Hintergrund entstehende diskriminierende soziale Strukturen und gewalttätige Praxen, die herabsetzend und ausschließend wirken und strukturelle Ungleichheit reproduzieren.“

Allianz gegen Antiziganismus (2017). *Antiziganismus – Grundlagenpapier*. Verfügbar unter antigypsyism.eu/wp-content/uploads/2017/07/Grundlagenpapier-Antiziganismus-Version-16.06.2017.pdf (zuletzt aufgerufen am 06.10.2020)

Auch im Internet sind Sinti und Roma immer wieder rassistischer Hetze ausgesetzt. Hierbei dienen insbesondere Social Media als Verbreitungs Kanäle. Ebenso werden Diskussionen in Kommentarspalten von YouTube-Videos oder unter Artikeln von Online-Medien oft zu Plattformen für Entmenschlichung und Aufforderung zur Gewalt. Verzerrte Medienberichterstattung verstärkt die bestehenden negativen Stereotype.

Stigmatisierungen werden oft auch "zwischen den Zeilen" vermittelt. So wurde in **Frankreich** nach der unbeliebten Einführung eines Tempolimits auf den Nationalstraßen und dessen Kontrolle per Radaranlagen darauf hingewiesen, wie viel Kupfer in einer Radaranlage enthalten sei. Explizit wurde dabei das „fahrende Volk“ angesprochen und so das antiziganistische Vorurteil von „Kupferdieben“ aufgegriffen.

Europaweit werden Sinti und Roma als kriminelle "Bettler" diffamiert, die nicht gewillt oder in der Lage seien, sich zu integrieren. Solche Darstellungen dienen als Vorwand, um beispielsweise einen Ausschluss aus dem Sozialhilfesystem zu fordern.

In **Deutschland, Italien** und **Slowenien** sind zudem Vorurteile gegen Sinti und Roma als "Kindesentführer" weit verbreitet. In **Slowenien** wurde dieses Narrativ in einer öffentlichen Gegen-Kampagne aufgegriffen, die viel Aufmerksamkeit erregte. Unter dem Bild eines Roma-Kindes wurde der abgewandelte Spruch „Wenn du dich nicht anständig benimmst, werden dich die Slowenen mitnehmen“ gezeigt. Die Kampagne zielte darauf ab, Vorurteile gegen Roma und ihre Diskriminierung sichtbar zu machen.

Eine weitere häufig verwendete Strategie antiziganistischer Hetze ist die Entmenschlichung von Sinti und Roma. In **Tschechien** wurden Vergleiche mit „Parasiten“ oder „nutzlosen“ Tieren unter anderem von einem hochrangigen Politiker verbreitet. Solche entmenschlichende Hassrede kann zu Gewaltaufrufen, aber auch zu physischen Bedrohungen und Anschlägen führen.

Weitaus seltener, und im Rahmen des Projektes nur aus **Deutschland** und **Österreich** berichtet, sind romantisierende Darstellungen des „Zigeunerlebens“. Zu den damit verbundenen Vorurteilen gehört die Idee eines „ungebundenen“ Lebensstils, Spiritualität und die „Nähe zur Natur“.

Obwohl diese Darstellungen nicht dazu gedacht sind, Sinti und Roma zu diskriminieren, reproduzieren sie dennoch rassistische Stereotype, indem sie eine

ganze Gruppe von Menschen als „exotisch“ und „grundlegend anders“ als die „zivilisierte“ Bevölkerung darstellen.

Intersektionale Hassrede

Werden in Hasskommentaren und extremistischer Propaganda Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu mehreren sozialen Gruppen angegriffen, spricht man von „intersektionaler Hassrede“. Hierbei werden Betroffene auf mehreren Ebenen gleichzeitig angegriffen, was eine ganz eigene Form der Diskriminierung schafft.

Intersektionale Hassrede ist in allen Ländern Europas weit verbreitet. Am häufigsten ist sie gegen Frauen, LGBTI-Personen sowie ethnische und religiöse Minderheiten gerichtet. Haben Mitglieder dieser Gruppen eine öffentliche Position inne, werden sie besonders im Netz angefeindet.

Geflüchtete Menschen werden im Internet nicht nur wegen ihrer Fluchterfahrung, sondern auch wegen ihres (vermeintlichen) muslimischen Glaubens angegriffen und oftmals pauschal als „Terroristen“ verunglimpft. Dabei wird häufig zusätzlich auf eine arabische Herkunft verwiesen.

Bei Hassreden, die auf eine Intersektion von ethnischer Herkunft, Religionszugehörigkeit und Flüchtlingsstatus abzielen, ist es völlig unerheblich, ob die genannten Merkmale überhaupt auf die angefeindeten Personen zutreffen. Menschen arabischer Abstammung, Flüchtlinge und Muslime werden in einen Topf geworfen. Die Verfasserinnen und Verfasser solcher Hasskommentare unterstellen einfach, dass alle arabischstämmigen Menschen geflüchtet und alle Flüchtlinge muslimischen Glaubens seien.

Hasskommentare gegen Geflüchtete, die auf eine sichtbare Religionszugehörigkeit abzielen, sind zusätzlich vor allem gegen muslimische Frauen gerichtet.

Die Pandemie als „Beweis“ für Verschwörungsmythen

Gesellschaftliche, ökonomische oder gesundheitliche Krisen begünstigen oftmals die Verbreitung von Verschwörungsmythen und hasserfüllten Stereotypen. Bereits stigmatisierte Minderheiten werden für diese Krisen verantwortlich gemacht. Vermeintlich einfache Lösungen werden propagiert und es wird teils offen zu Gewalt aufgerufen.

Im Zuge der Covid-19-Pandemie beobachteten die Projektpartner verstärkt Verschwörungserzählungen. Hate Speech bezog sich auf vermeintliche Ursachen und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Dabei wurden teils auch bestehende extremistische Narrative und Verschwörungsmythen an die aktuelle Situation angepasst.



*Bekannte
Verschwörungs-
mythen neu
interpretiert.*

In den meisten Ländern kam es zunächst zu einem Anstieg von Hate Speech gegen Menschen asiatischer Herkunft. In **Kroatien und Österreich** wurden chinesische Touristen als hauptsächliche Infektionsquelle dargestellt. In **Frankreich** wurde online gegen angeblich unhygienische chinesische Essgewohnheiten gehetzt. Ähnliche Aussagen eines **italienischen** Politikers führten fast zu einer diplomatischen Krise. In **Lettland** rief ein bekannter Blogger sogar offen zu Gewalt gegen Chinesinnen und Chinesen auf.

In **Deutschland** stellten islamistische Gruppierungen das Virus zunächst als „göttliche Strafe“ für die Unterdrückung der uigurischen Minderheit in China dar. Im

Laufe der Pandemie wurde das Narrativ der göttlichen Strafe auf alle von den Islamisten als „sündig“ angesehenen Menschen ausgeweitet.

Die Pandemie befeuert rechtsextremistische Propaganda in Europa

Antisemitische Verschwörungsmythen erfuhren mit dem Ausbreiten des Virus eine neue Verbreitung. In der **rechtsextremen Szene Frankreichs** wurde behauptet, Juden trügen absichtlich zur Verbreitung des Virus bei. Dies erinnert an das Narrativ der „Brunnenvergiftung“, welches bereits im 14. Jahrhundert beim Ausbruch der Pest in Europa verbreitet wurde.

In **Belgien, Deutschland und Slowenien** behaupten Extremistinnen und Extremisten, „geheime Eliten“ würden die Pandemie nutzen, um eine „Neue Weltordnung“ zu etablieren oder eine Diktatur einzuführen. Impliziert wird hierbei, dass die entsprechenden Eliten von Jüdinnen und Juden gesteuert würden.

In **Kroatien, Lettland und Österreich** werden vor allem ausländische Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen, Bill Gates oder George Soros – stellvertretend für „die Juden“ – für den Ausbruch der Pandemie verantwortlich gemacht.

Des Weiteren wurde das Virus häufig als Biowaffe dargestellt, die entweder von „den Juden“, China oder den USA eingesetzt werde, um die Weltherrschaft zu erringen. Die Pandemie dient hier als angeblicher „Beweis“ für bestehende Vorurteile.

Auch bekannte Verschwörungsmythen gegen Geflüchtete wurden mit neuen Bezügen zur Covid-19-Pandemie versehen. So wurde die Ausbreitung des Virus mit der ursprünglich in **Frankreich** entstandenen Theorie eines „großen Bevölkerungsaustauschs“ in Verbindung gesetzt, bei dem angeblich europäische Bevölkerungen durch mehrheitlich muslimische „Einwanderer“ ausgetauscht werden sollen.



Geflüchtete werden als „Verräter“ dargestellt, die die Pandemie ausnutzen, um nach Deutschland zu kommen.

(Quelle: Telegram; Original unverpixelt)

In **Slowenien, Lettland und Österreich** wurde zudem in Kommentarspalten und Online-Medien diskutiert, dass das Virus von Asylsuchenden in die Länder „eingeschleppt“ werden und sich somit schneller verbreiten könnte.

In **Deutschland** wurden Geflüchtete in rechtsextremer Propaganda dezidiert mit dem Virus gleichgesetzt. Ein solcher Vergleich entmenschlicht die Betroffenen und dient dazu, die Hemmschwelle für Gewalt gegen geflüchtete Menschen zu senken.

Große Social-Media-Plattformen bemühten sich, Falschinformationen durch Faktenchecks und Verlinkungen auf seriöse Quellen zu begegnen. Aber auf Plattformen wie Telegram oder VK, die bereits vor der Pandemie als Ausweichplattformen genutzt wurden, wurde rassistische und anti-demokratische Hetze dagegen unkontrolliert verbreitet.

Hass wird über viele Plattformen verbreitet

Unter „Social Media“ verstehen viele Menschen noch immer die drei großen Netzwerke, die als besonders einflussreich gelten: Facebook, YouTube und Twitter.

Ihr Einfluss ist jedoch inzwischen umstritten. Vor allem junge Nutzerinnen und Nutzer verlieren das Interesse an diesen „alten“ Plattformen.

Insbesondere Instagram ist inzwischen bei Jugendlichen einer der beliebtesten Social-Media-Dienste weltweit und in vielen Ländern zu einem wesentlichen Bestandteil der Jugendkultur geworden. Hassgruppen, sowie Extremistinnen und Extremisten missbrauchen die Popularität dieser Plattform, um eine junge Zielgruppe anzusprechen und ihre Propaganda zu verbreiten. Die Plattform wird beispielsweise als "Blickfang" genutzt, um den ersten Kontakt durch subtile Propaganda herzustellen und Jugendliche auf explizitere und gewalttätige Inhalte zu locken.



Rechtsextreme nutzen Instagram, um ihre Follower auf weniger moderierte Plattformen wie Telegram zu locken.

(Quelle: Instagram; Original unverpixelt)

Da gegen Hassrede auf den großen Netzwerken stärker vorgegangen wird, weichen Hassgruppen und Extremisten auf andere Plattformen aus, wo dies nicht der Fall ist. Einige dieser alternativen Plattformen, wie Telegram, VK.com oder Gab.ai haben ein breites internationales Publikum gewonnen. Sie gelten bei rechten oder rechtsextremen Aktivisten als sogenannte „sichere Häfen“.

Öffentliche Personen schüren online Hass

Hass im Netz wird jedoch nicht ausschließlich von Extremistinnen und Extremisten verbreitet. In mehreren europäischen Ländern nutzen auch bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ihre Onlinepräsenz und Reichweite, um Hass und Vorurteile zu schüren.

In **Deutschland** bietet beispielsweise der YouTube-Influencer „Leon-Lovelock“ antisemitischen Verschwörungstheorien eine Plattform. Sein Kanal mit mehr als 380.000 Followern richtet sich vor allem an ein junges Publikum. In seinem Interviewformat reproduziert er Verschwörungstheorien, ohne sie kritisch zu hinterfragen. Dadurch legitimiert er sie als scheinbar ernstzunehmende Alternativen zu wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Hassrede von öffentlichen Personen kann schwerwiegende Folgen für die Kommunikationskultur in einer demokratischen Gesellschaft haben. Wird Hass und Hetze im öffentlichen Diskurs als normal angesehen, können Hemmschwellen sinken und Feindbilder verfestigt werden. Da online und offline nicht mehr als getrennte Lebensbereiche betrachtet werden, kann sich eine Bedrohung online leicht zu physischer Gewalt entwickeln.

So führten in **Lettland** polemische Posts eines Politikers über die Beschäftigung ausländischer Studierender in Döner-Restaurants auch offline zu Belästigungen. Nach Angaben eines Vertreters indischer Studenten hat eine organisierte Gruppe von Personen ei-

genmächtig „Razzien“ in Döner-Restaurants durchgeführt, um verschiedene vorgeschobene Verstöße aufzudecken. Um weitere Belästigungen zu vermeiden, wurden einige Restaurants daraufhin sogar umbenannt.

Test: Wie reagieren beliebte Social-Media - Dienste?

Im Jahr 2016 vereinbarte die EU-Kommission mit den Online-Diensten Facebook, Twitter, YouTube und Microsoft den [Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet](#). Darin verpflichten sich die Dienste, Meldungen von Hassrede auf ihren Plattformen innerhalb von 24 Stunden zu prüfen und illegale Inhalte zu löschen. Inzwischen haben sich weitere Social-Media-Dienste der Selbstverpflichtung angeschlossen: Instagram, Snapchat, Dailymotion, Jeuxvideo und TikTok.

Die EU-Kommission organisiert regelmäßig europaweite Monitoring-Runden, um die Einhaltung des Verhaltenskodex zu prüfen und das Reaktionsverhalten der Dienste zu testen. Die sCAN-Partner beteiligten sich an diesen Monitoring-Runden. Darüber hinaus führten sie gemeinsam mit dem International Network Against Cyber Hate (INACH) zwei weitere, unangekündigte Monitorings durch. Diese Monitoring-Runden folgten dabei der Methodik, den die EU-Kommission in den vorangegangenen Runden eingeführt hatte, um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Während des von der EU-Kommission organisierten sechswöchigen Monitorings (05.11. bis 14.12.2018) meldeten die Partner 762 Fälle illegaler online Hate Speech an die IT-Unternehmen Facebook, Twitter, YouTube, Instagram, Google+, Dailymotion und Jeuxvidéo.

Insgesamt wurden 73 % der gemeldeten Fälle bis zum Ende des Monitorings entweder gelöscht oder gesperrt. 62 % der Inhalte wurden bereits nach der ersten Meldung über die öffentlich zugänglichen Meldewege der Plattformen entfernt. Weitere Fälle wurden erst gelöscht oder gesperrt, nachdem die Partner sie erneut über Kanäle meldeten, die nur für anerkannte Hinweisgeber der IT-Unternehmen (sog. „Trusted Flagger“ bzw. „Trusted Reporter“) verfügbar sind.

Gemeinsam mit INACH führten die Projektpartner eine unangekündigte siebenwöchige Monitoring-Runde (06.05. bis 21.06.2019) durch. Dies war die erste Überprüfung des Verhaltenskodex, die nicht von der EU-Kommission organisiert wurde. Von den 432 gemeldeten Fällen wurden 71 % gelöscht oder gesperrt. 62 % wurden bereits nach Meldung als allgemeine Userinnen und User entfernt. Weitere Inhalte wurden erst nach erneuter Meldung als Trusted Flagger entfernt.

Die sCAN-Partner beteiligten sich auch am sechswöchigen Monitoring, das die EU-Kommission vom 04.11. bis 13.12.2019 organisierte. In diesem Zeitraum

	Löschquote Monitoring 1	Löschquote Monitoring 2	Löschquote Monitoring 3	Löschquote Monitoring 4
Facebook	84 %	85 %	86 %	76 %
Twitter	39 %	45 %	33 %	30 %
YouTube	73 %	68 %	81 %	29 %
Instagram	84 %	77 %	62 %	84 %
Dailymotion	0 %		33 %	
Jeuxvideo	100 %		100 %	
Google +	74 %			
Gesamt	73 %	71 %	68 %	58 %

(Quelle: sCAN Projekt)

wurden 68 % der 635 gemeldeten Inhalte gelöscht

oder gesperrt. 59 % nach Meldung über die allgemeinen Meldewege.

Ein zweites unangekündigtes, sechswöchiges Monitoring von INACH und sCAN fand zwischen dem 20.01. und 28.02.2020 statt. Lediglich 58 % der 484 gemeldeten Fälle illegaler Hassrede wurden gelöscht oder gesperrt.

Dies ist ein erheblicher Rückgang im Vergleich zur von der EU-Kommission organisierten Monitoring-Runde, das nur einen Monat zuvor durchgeführt wurde. Nur 51 % der Fälle wurden nach der ersten Meldung über allgemeine Meldewege entfernt.



*Schnelle Reaktion
auf Meldungen
der Nutzer nötig.*

Die Ergebnisse dieser Monitoring-Runden unterstreichen die Notwendigkeit eines konsequenteren Einsatzes von IT-Unternehmen bei der Beseitigung illegaler Hassreden im Internet. Die Löschquote von 58 % im vierten Monitoring liegt fast 10 Prozentpunkte niedriger als die Löschquote bei den vorhergehenden Monitoring-Runden.

Vor allem beim Reaktionsverhalten auf Meldungen einfacher Nutzerinnen und Nutzer besteht Verbesserungsbedarf. Solche Meldungen müssen von den Unternehmen ernstgenommen und zeitnah bearbeitet werden. So werden Nutzerinnen und Nutzer motiviert, sich gegen Hassrede und für eine demokratische Diskussionskultur in Social Media einzusetzen.

Prävention: Erkenntnisse nutzbar machen

Auch die Präventionsarbeit kann von transnationaler Zusammenarbeit profitieren. So flossen die Ergebnisse des sCAN-Projektes in Kursangebote und Fortbildungen ein.

Für Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen wurden Fortbildungen angeboten, die sie zur Monitoring-Tätigkeit und zur Teilnahme an den Monitoring-Runden der EU-Kommission befähigten.

Besonderes Augenmerk legten die Projektpartner auf den Facing Facts! Online Kurs zu Hassrede im Internet. Dieser wurde ins Französische, Italienische und Deutsche übersetzt und an die nationalen Kontexte angepasst. Facing Facts! vermittelt grundlegendes Wissen über Wesen und Ausprägungen von Hate Speech sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen. Zudem werden Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt: Medienbildung, aktive Gegenrede und Gegenkampagnen.

Der deutschsprachige Kurs „Hate Speech - Was tun?“ wurde bisher vier Mal in jeweils sechswöchigen Lernphasen angeboten. Begleitet wurden die insgesamt über 200 Teilnehmenden von Tutorinnen von jugendschutz.net und dem österreichischen Partner ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit.

Die Kursinhalte wurden ergänzt durch Webinare mit eingeladenen Gastexpertinnen und -experten von „Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V.“ und dem „No Hate Speech Movement“ Österreichs und Deutschlands.

Empfehlungen zum Handeln

Die Ergebnisse der zweijährigen Projektarbeit verdeutlichen: **Kinder und Jugendliche müssen gestärkt werden** in ihrer Fähigkeit zur Medienkritik und dem Umgang mit Hate Speech und extremistischer Propaganda im Netz.

Beliebte Plattformen und aktuelle Entwicklungen müssen ständig im Blick behalten werden, um Kinder und Jugendliche **online vor Hass und Propaganda schützen** zu können. Während die Bedeutung einiger traditioneller Plattformen abnimmt, entstehen neue Akteure und Online-Communities.

Die Europäische Union sollte daher weitere **Diensteanbieter ermutigen**, sich dem Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Hassreden online anzuschließen. Sie sollte dabei besonders auf kleinere Plattformen achten, die bisher als „sichere Häfen“ für Hass und Extremismus angesehen werden.

Alle Social-Media-Plattformen sollten verstärkt illegale Inhalte nach User-Meldungen zeitnah entfernen. Auch eine transparente Kommunikation mit ihren Nutzerinnen und Nutzern sowie mit Trusted Flaggen sollten Anbieter aufbauen.

Politikerinnen und Politiker sowie alle Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben die Verantwortung, ihre Seiten auf Social-Media-Plattformen und ihre Kommentarbereiche zu moderieren und hasserfüllte Kommentare zu entfernen. Insbesondere bei Kanälen mit großer Reichweite und einem breiten Publikum ist eine erkennbare und konsequente Moderation entscheidend.

Ausblick

Eine enge transnationale Zusammenarbeit ist erforderlich, um die Verbreitung von Hassrede im Internet wirksam einzudämmen. jugendschutz.net wird deshalb auch nach Ende des sCAN-Projektes die Partnerschaften und gemeinsame Projekte fortführen.

Außerdem wird sich jugendschutz.net auch zukünftig an den gemeinsamen Monitoring-Runden zur Überprüfung des Verhaltenskodex der EU-Kommission beteiligen.

Der deutschsprachige [Facing Facts! Online Kurs „Hate Speech – Was tun?“](#) wird gemeinsam mit dem belgischen Partner CEJI – A Jewish contribution to an inclusive Europe für Deutschland adaptiert.

**FACING
FACTS**

ONLINE

jugendschutz.net setzt auch sein Engagement im IN-ACH-Netzwerk fort und unterstützt die Partnerorganisationen bei aktuellen Projekten.

Das Projekt [„Remember and Act!“ \(Re-Act\)](#) untersucht, wie historische antisemitische und antiziganistische Narrative in modernen Hasskampagnen aufbereitet werden. Ziel ist die Erarbeitung pädagogischer Materialien und der Aufbau eines Präventions-Hubs zur weiteren Vernetzung relevanter Akteurinnen und Akteure.



Das Projekt [„Open Code for Hate-Free Communication“ \(OpCode\)](#) zielt darauf ab, Softwarelösungen zu entwickeln, die zivilgesellschaftliche Organisationen beim Monitoring und bei der Analyse von Hate Speech im Internet unterstützen können.

Op : Code

Open Code for Hate-free Communication

Weiterführende Informationen



www.jugendschutz.net

Meldemöglichkeiten



www.jugendschutz.net/hotline

Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen mit Medien ermöglichen

jugendschutz.net ist das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet. Die Stelle recherchiert Gefahren und Risiken in jugendaffinen Diensten. Sie fordert Anbieter und Betreiber auf, ihre Angebote so zu gestalten, dass Kinder und Jugendliche sie unbeschwert nutzen können.

Die Jugendministerien haben jugendschutz.net 1997 gegründet. Die Stelle ist seit 2003 an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angebunden. jugendschutz.net wird finanziert von den Obersten Landesjugendbehörden, den Landesmedienanstalten und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

jugendschutz.net nimmt über seine Online-Beschwerdestelle Hinweise auf Verstöße gegen den Jugendmedienschutz entgegen. Verstöße im Netz können gemeldet werden unter:
www.jugendschutz.net/hotline

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

kjm
Kommission für
Jugendmedienschutz

die
medienanstalten



Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Kontakt

jugendschutz.net
Wallstraße 11, 55122 Mainz

Inhaltlich verantwortlich

Stefan Glaser
Wallstraße 11, 55122 Mainz

JUGEND
SCHUTZ.NET